

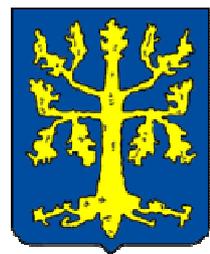


Mark Krippner  
Fraktionsvorsitzender

# Rede zum Haushalt 2012/2013

Rat der Stadt Hagen

28. Juni 2012



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der Verabschiedung des Haushalts 2011 hat es keiner von uns für möglich gehalten, was jetzt eingetreten ist: Wir sind bereits in diesem Jahr in der Lage einen genehmigungsfähigen Doppel-Haushalt für die Jahre 2012 - 2013 zu verabschieden.

Möglich geworden ist dies durch zwei Dinge:

- Erstens: Durch weitere eigene Anstrengungen bei der Konsolidierung und
- Zweitens: Durch eine spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kommunalfinanzen.

Land und Bund haben sich überraschend in wesentlichen Punkten bewegt:

- Der Stärkungspakt des Landes unterstützt uns über 10 Jahre mit maßgeblichen Beträgen von bis zu 40 Mio € pro Jahr.
- Die Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes schafft über den Soziallastenansatz mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung und führt in Hagen zu deutlichen Mehreinnahmen.
- Die Streckung des Haushaltsausgleichs auf 10 Jahre ermöglicht auch bei schwieriger Haushaltsslage die Zielerreichung wie das Beispiel des jetzt zur Verabschiedung anstehenden Haushalts 2012/13 zeigt.
- Rot/Grün in NRW hat damit die falsche Politik der schwarz/gelben Vorgängerregierung geändert, die den Gemeinden Geld weggenommen und zur Finanzierung des eigenen Landeshaushalts benutzt hatte.
- Die Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund und die jetzt im Rahmen des Fiskalpakts aktuell in Aussicht gestellte Übernahme der Eingliederungshilfe für Behinderte durch ein Bundesleistungsgesetz sind ein

maßgeblicher Beitrag zur Entlastung der Gemeinden von den erdrückenden Sozialkosten.

Hier wurden Forderungen, die wir im Haushaltsbegleitbeschluss 2011 mit konkreten Zahlen für Hagen unterlegt hatten, schneller erfüllt, als wir es zu hoffen gewagt hatten. Auch wenn dies nicht nur aus plötzlich aufkommender Kommunalfreundlichkeit geschehen ist, sondern dem Druck der Finanzmärkte oder der Durchsetzung bestimmter Gesetzesvorhaben geschuldet sein mag. Trotzdem gilt es dies anzuerkennen und verdient im Ergebnis unser uneingeschränktes Lob.

Bei aller Zufriedenheit über das hier Erreichte sind insgesamt unsere Erwartungen und Forderungen an die Bundes- und Landesebene jedoch noch nicht erfüllt. Die gravierendste ungelöste Problematik bleibt hierbei eine Regelung für die aufgelaufenen Altschulden. In anderen Bundesländern wie z.B. Hessen oder Rheinland-Pfalz, gibt es hierzu nachdenkenswerte Modelle.

Der 1. Bundes-Parteikonvent der SPD hat vor wenigen Tagen einen Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen beschlossen, der genau diese Thematik aufgreift. Die Details erspare ich mir hier, Sie können sie im Protokoll nachlesen.

- *Der Bund beteiligt sich neben der Grundsicherung in etwa gleicher Höhe von 4 bis 5 Milliarden € dauerhaft an der Finanzierung weiterer Soziallasten der Gemeinden.*
- *Bund und Länder schließen einen mehrjährigen Investitionspakt von mindestens 2 Milliarden € für besonders finanzschwache Kommunen, ähnlich dem Vorbild des Konjunkturpakts II.*

- *Durch ein verändertes gesamtstaatliches Finanzierungskonzept werden insgesamt deutliche Mehreinnahmen erzielt, die vorrangig zum Schuldenabbau eingesetzt werden sollen.*
- *Den Gemeinden sind weiter durch gerechte Finanzausgleiche und wirksame Konnexitätsregeln dauerhafte Grundlagen für die Finanzierung ihrer Aufgaben und die Entschuldung zu garantieren.*

Eine befriedigende Regelung für den Umgang mit den aufgelaufenen Altschulden ist für Hagen von existenzieller Bedeutung. Auch und gerade hierdurch kann ein dauerhaft gesicherter Zugang zu Kommunalkrediten erreicht werden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

bereits bei der Verabschiedung des Haushaltssicherungskonzepts 2011 hat sich die SPD-Fraktion zu ihrer Verantwortung für Haushalt und Konsolidierung bekannt. Daran hat sich auch bis heute nichts geändert. Obwohl das HSK 2011 überhaupt nur mit den Stimmen der SPD verabschiedet werden konnte, haben Sie, Herr Oberbürgermeister, daraus nichts gelernt.

Wir hatten bereits im letzten Jahr Ihre mangelnden Anstrengungen zur Mehrheits- und Konsensfindung in dieser wichtigen Frage kritisiert und auf Besserung beim diesjährigen HSP gehofft. Wir sind gründlich enttäuscht worden. Anstatt der Politik parteiübergreifend die ausgestreckte Hand zu reichen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen, haben Sie, Herr Oberbürgermeister, uns die kalte Schulter gezeigt.

Konkret haben Sie als Verwaltung die Zeit der Vorbereitung des HSP zu Lasten der Beratungszeit der Gremien ausgeweitet. Sie sind nicht im Vorfeld mit bestimmten inhaltlichen Eckpunkten auf die Politik zugekommen, um frühzeitig möglichst breite

Mehrheiten für die schwierigen Entscheidungen zu sichern. Nein, Sie haben es sogar noch fertig gebracht, in Ihrem Vorschlagskatalog gerade die Maßnahmen erneut aufzunehmen, die der Rat bereits beim HSK 2011 aus guten Gründen abgelehnt hatte. Es ist Ihnen sicher nicht verwehrt so vorzugehen, Herr Oberbürgermeister, aber seriös ist dies aus unserer Sicht nicht.

Der Rat hat sich in seiner letzten Sitzung mit eindeutigen Mehrheiten erneut für die Streichung Ihrer unsozialen Vorschläge und damit für den Erhalt und die Sicherung von vielfältigen Einrichtungen und Maßnahmen ausgesprochen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales, Sport und Kultur.

SPD, Grüne, Hagen-Aktiv und Linke haben hier die richtige Antwort gegeben, sowohl auf Ihre inhaltlich falschen Vorschläge als auch Ihr im Stil unsensibles Vorgehen.

18(!) Abstimmungsniederlagen in einer Sitzung sollten Sie zum Nachdenken anregen, Herr Oberbürgermeister.

Sie haben in wichtigen Fragen keine Mehrheit im Rat.

Dieser Rat will nicht nur Ab-Nicken wie Ihre kritiklosen Höflinge von CDU und FDP, die es sich zur Daueraufgabe gemacht haben Sie blind zu unterstützen.

Mehr und frühzeitigeres Einbinden und weniger Alleingänge wären eine gute Basis für eine bessere Zusammenarbeit von Politik und OB. Wir sind jedenfalls im Sinne der Sache dazu bereit.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

bei aller Freude über das Licht im Tunnel der städtischen Finanzen wird die jetzt vor uns liegende Umsetzung der Maßnahmenpakete aus dem Rest des HSK 2011 mit

rund 37 Mio € und dem neuen HSP mit rund 18 Mio €, in der Summe also 55 Mio €, die bisher größte Herausforderung der Haushaltssanierung.

Machen wir uns nichts vor: Nach mehreren Sparrunden verbergen sich in diesen Paketen die Maßnahmen mit den schwierigsten Knackpunkten. Das bedeutet das Bohren ganz dicker Bretter. Hierbei wird es auch immer wieder zu Korrekturen kommen müssen. Die Haushaltssanierung wird deshalb noch auf lange Zeit unser ständiger Begleiter bleiben.

Dabei wird die SPD-Fraktion sich weiter an ihren Grundsätzen orientieren:

- Keine Strukturen zerschlagen.
- Keine betriebsbedingten Kündigungen.

Planzahlen in die Realität umzusetzen, ist in erster Linie Aufgabe der Verwaltung. An vielen Stellen werden aber auch die Gremien mit weiteren Realisierungsschritten zu beteiligen sein. Hierbei muss es unser Ziel sein, möglichst frühzeitig keine weiteren Kassenkredite mehr aufzunehmen. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, im Herbst alle Maßnahmen hinsichtlich ihrer zeitlichen Realisierbarkeit nochmals kritisch zu überprüfen und wo möglich, auch zeitlich vorzuziehen.

Im Übrigen halten wir es für notwendig, dass insbesondere die Maßnahmen, für die ein erhebliches Konsolidierungspotential benannt wurde, in den zuständigen Gremien zum Beratungsgegenstand gemacht werden. Hier kommen wir nur zu Ergebnissen, wenn auf der Grundlage von Konzepten konkrete und zeitlich verbindliche Realisierungsschritte vereinbart werden. Wir werden im Herbst hierzu unsere Themenvorschläge einbringen.

Lassen sie mich noch zu einigen konkreten Punkten kurz etwas sagen.

Mit unserem Vorschlag die HEB-GmbH in eine AöR umzuwandeln leisten wir einen belastbaren erheblichen Konsolidierungsbeitrag zur Haushaltssanierung. Wir verbinden dies mit einer klaren inhaltlichen Positionierung für eine städtische Abfallwirtschaft. Anders ausgedrückt: Die SPD-Fraktion will die Einrichtungen der Daseinsvorsorge in städtischer Hand behalten und wird sich allen Versuchen entgegenstellen, Privatisierung direkt oder durch vorbereitende Schritte auf den Weg zu bringen. Eine Politik, die schnelle wirtschaftliche Erfolge ohne nachhaltige Perspektive zum Ziel hat, lehnt die SPD ab.

Auf dieser Grundlage wird die SPD-Fraktion auch die weiteren Beratungen zum Thema Neustrukturierung der Beteiligungen führen.

Ein gelungenes Beispiel der Optimierung in städtischen Strukturen ist die Gebäudereinigung. Inzwischen können problemlos die Preise der Fremdreinigung gehalten werden. Und dies bei direktem städtischen Einfluss und besserer Qualität. Mit dem vordergründigen Vorschlag der Streckung der Reinigungsintervalle sollte dieses gut funktionierende System getroffen und geschwächt werden, um aus rein ordnungspolitischen Gründen den Weg für die Fremdreinigung zu bereiten. Wir sind froh, dass dies mit Mehrheit verhindert worden ist.

Unser Ziel ist es, die städtischen Dienste und Bereiche so zu optimieren und fit zu machen, dass sie in Qualität und Wirtschaftlichkeit keinen Vergleich scheuen müssen. Es stände ihnen gut zu Gesicht Herr Oberbürgermeister, wenn auch Sie sich als Chef der Verwaltung hierzu bekennen würden.

„Demokratie hat ihren Preis. Bei ihr zu sparen, könnte aber sehr teuer werden“, hat der Präsident des Bundesverfassungsgericht bezogen auf die Rechte des

Bundestages in einer aktuellen Entscheidung festgestellt. Wir wollen uns sicher nicht mit dem Deutschen Bundestag vergleichen, aber wir sehen hier schon grundsätzliche Gefahren in einer Verkleinerung von Rat und Bezirksvertretungen. Verstärkte Präsenz der Politiker muss gerade der jüngeren Generation deutlich machen, dass eine aktive Gestaltung dieser Gesellschaft sehr wohl möglich ist. Eine Einflussnahme auf die Willensbildung, die nicht aus bloßem Nachvollzug von Verwaltung besteht, erfordert frühzeitige Beteiligung. Dies ist aufwendig und nur durch Verteilen auf viele Schultern zu erledigen. Hinzu kommt, dass die ständige Ausweitung der Aufgaben und die Vielzahl neuer Vorschriften die Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung immer schwieriger machen. Der Bürger hat aber gerade hier eine enorm gestiegene Erwartungshaltung gegenüber den Mandatsträgern. Wir sind aber durchaus bereit über die Vorschläge zur Senkung der Verwaltungskosten für die Gremien zu sprechen. In diese Gespräche müssen aber die betroffenen Gremien eingebunden werden. Hier werden sich im Konsens namhafte Einsparungen realisieren lassen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich komme zum Schluss.

Die aktuelle Entwicklung unserer Finanzen lässt uns optimistischer als bisher in die Zukunft schauen. Es gibt aber noch viel zu tun, um diese Hoffnung auch Realität werden zu lassen. Packen wir es an - gemeinsam.

Die SPD steht hierfür als verantwortungsbewusste, verlässliche Kraft bereit.

Glück auf!